

Der CDU-Kreisparteitag möge beschließen:

Sicherheit für die Bürger – Keine Stellenkürzungen bei der Polizei

Die CDU Nordfriesland fordert die Landesregierung auf, auf die Stellenkürzungen bei der Polizei zu verzichten beziehungsweise bereits vorgenommene Kürzungen zurück zu nehmen.

Begründung:

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist nicht zuletzt abhängig von der Präsenz der Polizei. Insbesondere im ländlichen Raum verursachen Entfernungen von 20 km und mehr zur nächsten Polizeidienststelle ein Gefühl der Unsicherheit, insbesondere in Situationen, in denen nachts mehrere Polizeikräfte an einem Ort benötigt werden. Zeitverzögerungen von 20 Minuten und mehr sind nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Polizeibeamten, die selbst Hilfe brauchen könnten, nicht hinnehmbar.

Prävention, eine der vordringlichsten Aufgaben der Polizei, kann nicht mehr geleistet werden. Folglich öffnen sich die Türen für gewaltbereite Täterschaften, hin zu vorhandenen kriminogenen Faktoren in diesen Kreisen, die sanktionsbedingt in der Aufklärung und Vorbeugung nachweislich unterdrückt bleiben, nun jedoch zum Ausbruch kommen könnten.

Für die fehlende Präsenz der Polizei soll das Ehrenamt überproportional eingesetzt und somit missbraucht werden. Die sozialen Netzwerke bis hin zu den Freiwilligen Feuerwehren nähren sich aus Ehrenämtern, die durch diesen Missbrauch schnell die Freude an ihrer Hilfstätigkeit für die Allgemeinheit verlieren. Ferner sind notwendige Eingriffsermächtigungen sowie Grundsätze zum polizeilichen Einschreiten den Ehrenämtern nicht gegeben und könnten fatale bis existentielle Folgen für den betroffenen Helfer nach dem Einsatz haben – wie bereits aus anhängigen Gerichtsverfahren bekannt. Es werden loyale Bürger „verbrandt“, die mangels fehlender Ausbildung und rechtlicher Sicherheit in physische, psychische und materielle Nöte laufen.

Die Verringerung und Verlegung der Kräfte der Wasserschutzpolizei in den südwestlichsten Teil des Landes lässt irreparable Folgen erkennen. Küstenschutz, Kriminalität auf dem Wasser und in den Häfen, Offshore-Kriminalität, Umweltschäden und -delikte in Wasser und Küstenbereichen sowie in diesen Deliktsbereichen notwendige Prävention, allein durch Anwesenheit, wird nicht wahrgenommen, nicht fristgebunden oder rechtzeitig entdeckt, nicht bekämpft geschweige denn Vorbeugung getroffen.

Verstärkt werden diese Faktoren durch den Einsatz der Polizeikräfte im Rahmen der Flüchtlingsproblematik, die nach Aussage des Ministerpräsidenten vom 30. September 2015 noch mindestens 10 Jahre anhalten wird. Das Personal wird hier teils bis zur Erschöpfung gebunden. Die Sicherheit aller Bürger muss bei dieser Politik auf der Strecke bleiben!